

Siegener Zeitung

Amtliches Kreisblatt für Siegen-Wittgenstein, Altenkirchen und Olpe

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR SIEGERLAND, WITTGENSTEIN UND NACHBARGEBIETE

Nr. 126 | 196. Jahrgang | G 6295

Montag, 4. Juni 2018

Einzelpreis: Mo.-Fr. 1,80 € | Sa. 2,20 €

LOKALES

Großes Bürgerfest



Mit einem großen Bürgerfest für Jung und Alt haben die Stadt Siegen und die Siegerlandhalle gestern an Leonhard Gläser erinnert. **Seite 3**

Viele alte Schätzchen

Zum Oldtimertreffen in Alchen kamen am Wochenende bis zu 400 Fahrzeuge. Bereits am Dienstag waren die ersten Oldtimerfreunde angereist. **Seite 4**

ZEITGESCHEHEN

Betrieb eingestellt

Stundenlanges Warten statt Urlaubsgefühle: Ein Stromausfall legte gestern den Hamburger Flughafen komplett lahm. **Seite 27**

SPORT

Noch viele Baustellen



Deutsche Fußball-Nationalmannschaft verliert WM-Testspiel gegen Österreich mit 1:2; Torwart Manuel Neuer (Bild) feiert gelungenes Comeback. **Seite 17**

Germania gescheitert

Fußball-Bezirksliga-Vizemeister (Staffel 5) verliert zweites Relegationsspiel um Landesliga-Aufstieg in Schwerte mit 1:3 gegen SV Avenwedde. **Seite 21**

KULTUR/MEDIEN

Festival begeisterte

Rund 2500 Besucherinnen und Besucher genossen die entspannte Freak-Valley-Festival-Atmosphäre in Deuz. / In der Reihe „Was Deutschland bewegt“ geht es heute im Ersten um das Thema Flüchtlinge. **Seiten 12/31**

WETTER

Freundlich

Bei einem Mix aus Wolken und Sonne steigen die Temperaturen auf 24 bis 26 Grad. **Seite 26**



SAMSTAGSLOTTO

Gewinnzahlen: 1 10 19 24 30 31
Superzahl: 7
Spiel 77: 0 4 9 5 5 8 2
Super 6: 0 0 2 8 5 2 (o. Gewähr)

LESERSERVICE

Leserservice:
☎ 02 71 / 59 40-8 • Fax: -3 09
Leserservice@Siegener-Zeitung.de

Lieferreklamation:

☎ 02 71 / 59 40-4 01

Anzeigen:

☎ 02 71 / 59 40-7 • Fax: -3 18 oder -3 84
Anzeigen@Siegener-Zeitung.de

Redaktion:

☎ 02 71 / 59 40-2 37 • Fax: -2 39
Redaktion@Siegener-Zeitung.de

SZ-Online:

www.Siegener-Zeitung.de



Helberhausen feierte 700-Jähriges mit Tausenden Gästen

Mit einem großen Jubiläumswochenende feierte Helberhausen sein 700-jähriges Bestehen. Tausende von Besuchern nutzten

den gestrigen Sonntag für einen ausgiebigen Bummel über die Festmeile. Den Veranstaltern fiel angesichts des Wetters und

der Stimmung ein Stein vom Herzen – die jahrelange Vorbereitung hat sich ausgezahlt. Mehr dazu im Lokalteil. Jan Schäfer

Seite an Seite gegen Trump

WHISTLER Europa und Kanada wollen US-Handelshemmnisse gemeinsam abwehren

Auch China warnt Washington vor Importbeschränkungen.

dpa ■ Im Streit um Strafzölle wollen die Europäische Union und Kanada US-Präsident Donald Trump Seite an Seite die Stirn bieten. Wenige Tage vor dem G-7-Gipfel der Staats- und Regierungschefs habe US-Finanzminister Steven Mnuchin beim Treffen der G-7-Finanzminister und ihrer Notenbankchefs im kanadischen Whistler eine unmissverständliche Botschaft mit auf den Weg bekommen, berichteten Teilnehmer. Sechs der sieben G7-Staaten forderten eine rasche Reaktion der USA. „Der Ball ist nun eindeutig im Feld der Vereinigten Staaten von Amerika“, sagte Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire dazu. Es sei jetzt an der US-Regierung, den „richtigen Schritt in die richtige Richtung zu tun“.

„Die Grundlage der weltweiten Zusammenarbeit sind Regeln“, sagte der deutsche Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz zum Abschluss des Treffens. Dafür hätten auch die USA lange Zeit gestanden. „Es ist bemerkenswert und bedrückend, dass sie jetzt nicht mehr diese Regeln beachten wollen.“ Es sei an den

USA, wie sie auf die geplanten Reaktionen antworten werden.

Ob es schon Bewegung beim G-7-Gipfel mit Trump geben werde, wollte Scholz nicht ausschließen. Wichtig sei nun, dass die EU geschlossen agiere und ein Zurückfallen in das 19. Jahrhundert mit Zollschränken und Protektionismus vermeide.

Jenseits dieser grundsätzlichen Einschätzung rechnet die Bundesregierung allerdings vorerst kaum mit Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Der Schaden für die deutschen Stahlkocher werde sich in Grenzen halten, sagte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) einer Sonntagszeitung. „Ich glaube, dass die Stahlportureure aus Deutschland qualitativ so



Nach dem Fototermin mit US-Fachminister Wilbur Ross (l.) ließ Chinas Vize-Premier Liu He öffentlich rote Linien für ein Handelsabkommen ziehen. Foto: afp

hochwertige Stähle für spezielle Anwendungen liefern, dass die US-Abnehmer gar nicht darauf verzichten können, die deutsche Seite nicht um ihre Marktanteile fürchten muss.“

Kanada reichte unterdessen wie die EU Klage bei der Welthandelsorganisation WTO gegen die US-Sonderzölle ein und will Vergeltungszölle z. B. auf Agrarprodukte erheben. Dies könnten insbesondere ländliche US-Regionen zu spüren bekommen, wo Trump viele Anhänger hat.

Gleichwohl ist offen, ob Trump sich vom Widerstand beeindruckt lässt, oder ob die Zölle auf Stahl und Aluminium erst der Anfang sind. In Whistler machte das Wort vom Handelskrieg die Runde, etwa wenn Trump auch Autos europäischer Hersteller mit Zöllen belegen sollte.

Zudem sind die USA mit der zweitgrößten Handelsmacht China über Kreuz: Nach einem Gespräch zwischen dem chinesischen Vize-Premierminister Liu He und US-Handelsminister Wilbur Ross gab China ein deutliches Warnsignal an Washington ab. Ein etwaiges Handelsabkommen, über das die beiden Regierungen derzeit verhandeln, werde „nicht in Kraft treten“, wenn Washington angeordnete Zölle auf chinesische Importe erlasse, hieß es in einer Mitteilung Pekings, die die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua gestern veröffentlichte.

Weise warnte bereits Anfang 2017

Ex-Chef des BAMF verfasste Mängelbilanz / Innenministerium und wohl auch Kanzlerin informiert

dpa **Berlin.** Der frühere BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise hat für die Missstände in der Behörde während der Flüchtlingskrise die Bundesregierung verantwortlich gemacht. „Die Krise war vermeidbar“, schrieb der ehemalige Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach Berichten verschiedener Zeitungen bereits 2017 in einem vertraulichen Papier. Er kritisierte insbesondere das damals von Thomas de Maizière (CDU) geleitete und für Flüchtlingsfragen zuständige Bundesinnenministerium. „Ein funktionierendes Controlling hätte bereits im Jahr 2014 eine Frühwarnung gegeben.“

Weise, übernahm im September 2015 auf Bitten der Bundesregierung die Leitung des BAMF. Dieses war durch den stark angeschwollenen Zustrom von Flüchtlingen überfordert. Mitarbeiter fehlten, es türmte sich ein Berg von mehreren

Hunderttausend unerledigten Asylanträgen auf. Weise war damals Chef der Bundesagentur für Arbeit. Er gab die BAMF-Leitung Ende 2016 wieder ab und war bis Ende 2017 noch Beauftragter für Flüchtlingsmanagement beim Bundesinnenministerium.

Anfang 2017 verfasste er den Medienberichten zufolge eine 45-seitige Bilanz. „Die neue Leitung hat in ihrer beruflichen Erfahrung noch nie einen so schlechten Zustand einer Behörde erlebt“, schrieb Weise. „Es ist nicht erklärbar, wie angesichts dieses Zustandes davon ausgegangen werden konnte, dass das BAMF den erheblichen Zuwachs an geflüchteten Menschen auch nur ansatzweise bewerkstelligen könnte.“ Unter anderem listete Weise auf: Im Arbeitspostfach mancher Asyl-Entscheider seien bis zu 2000 Fälle gelegen, das IT-System des Amtes sei

veraltet gewesen. 30 Prozent der Asylakten hätten kleinere bis gravierende Fehler aufgewiesen, für die Überprüfung aller syrischen Ausweisdokumente habe es nur drei Personalstellen gegeben.

Laut Weise ging der Bericht an das Innenministerium. Wie gestern eine Sonntagszeitung berichtete, sprach er zudem 2017 auch zweimal mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) über die Missstände.

Seit 2000 hätten ein Gefährder und eine weitere Person aus dem islamistischen Spektrum über die Bremer BAMF-Außenstelle einen Schutzstatus erhalten. Das bestätigte das Bundesinnenministerium gestern Abend in Berlin. Gefährder sind Personen, denen die Sicherheitsbehörden auch Terroranschläge zutrauen. Bei weiteren 46 Personen gebe es Bezüge zum Islamismus, bei weiteren 40 Bezüge zu nicht-islamistischen Ideologien, hieß es.

Ein neuer Tabubruch

AfD-Chef Gauland verschiebt Grenzen

Ein Vogelschiss. Eklig. Kommt von oben. Pech gehabt. Peinlich, wenn es einer gesehen hat. Taschentuch raus, abwischen, Klamotte waschen – schon ist er vergessen. Hitler und die Nationalsozialisten mit einem Vogelschiss zu vergleichen, ist atemberaubend verarmend und geschichtsvergessen. Die Nazi-Diktatur mit SS und Gestapo, der mit deutscher Präzision geplante und ausgeführte millionenfache Mord an den Juden, das Leid, das der Zweite Weltkrieg über die Völker gebracht hat, 80 Millionen Tote – ein Vogelschiss? Vergessen und gut? Man muss schon sehr dumm oder sehr böse sein, um so etwas zu sagen.

Dumm aber ist AfD-Chef Alexander Gauland nicht. Er wusste genau, was er sagt. Und vor allem: Was er damit sagt. Es sind nicht die Pferde mit ihm durchgegangen. Er tickt so. Und das ist es, was an der jüngsten Provokation am meisten erschreckt. Gauland, Björn Höcke und ihre Kameraden testen nicht nur Grenzen aus. Nein, sie versuchen, sie mit Tabubrüchen zu verschieben. Im Wahn, das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte relativieren zu müssen, rücken sie ihre Partei weiter nach rechts. Doch nationale Schuld kann man nicht abwischen. Niemand, der der AfD die Stimme gibt, kann behaupten, er habe nicht gewusst, welche Weltsicht und welches Geschichtsbild die Partei und ihr Spitzenpersonal vertreten.

Wo bleibt der Aufschrei, der die AfD in ihrer Breite erfasst? Wo sind die Funktionäre, die aufstehen und sich öffentlich von Gauland distanzieren? Man inszeniert sich als Märtyrer, der böswillig missverstanden wird. Doch Gaulands Gerede ist unmissverständlich. Und es passt zu der AfD. Dass Schüler wieder „Deutschland, Deutschland über alles“ singen sollen, haben sie auf dem Bundeskongress der AfD-Jugend beschlossen. Vogelschiss? Deutschland über alles? Wie wird das wohl bei unseren Nachbarn ankommen? Gauland ist das egal. Doch den Deutschen, die dankbar sein müssen, dass man sie nach dem großen Krieg wieder auf die Beine hat kommen lassen, darf das nicht egal sein. Die deutliche Verurteilung von Gaulands Äußerungen durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist deshalb zu begrüßen (siehe S. 2). Marcus Sauer

Rechtskonservative siegen in Slowenien

dpa **Ljubljana.** Im EU- und NATO-Land Slowenien hat der rechtskonservative Oppositionsführer Janez Jansa laut Prognosen die meisten Stimmen bei der Parlamentswahl gewonnen. Seine SDS-Partei konnte 25 der 90 Sitze in der Volksvertretung erobern, wie das nationale Fernsehen gestern in Ljubljana auf der Basis von Nachwahlbefragungen mitteilte. Zweistärkste politische Kraft wurde demnach die erstmals angetretene LMS-Partei des Bürgermeisters und früheren Komikers Marjan Sarec, die 13 Mandate gewann. Im Fall einer Regierungsübernahme will Jansa das Alpen-Adria-Land hermetisch gegen Flüchtlinge und Migranten abriegeln. Vorbild des 59-Jährigen ist das benachbarte Ungarn unter Viktor Orban. Ob Jansa eine Regierungskoalition zusammenbekommt, ist offen.



Der rechtskonservative Janez Jansa zeigte sich gestern schon beim Wahlgang zuversichtlich. Foto: dpa